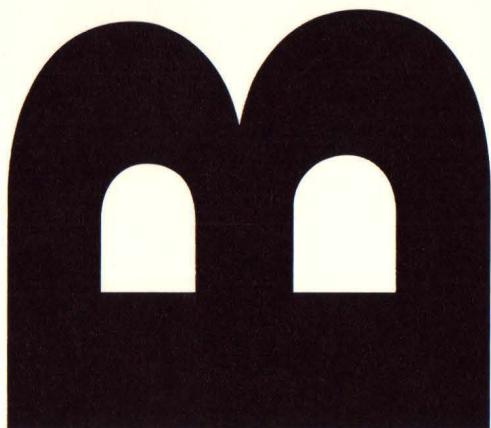


aktuell



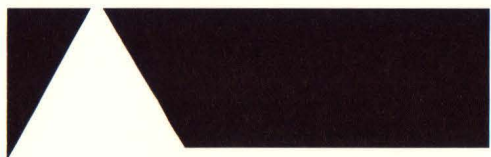
Berufspläne der Schulabgänger in
Ostdeutschland



Wie zufrieden sind ostdeutsche
Jugendliche mit ihrer Berufsausbildung?

Tarifliche Ausbildungsvergütungen
1994 in West und Ost

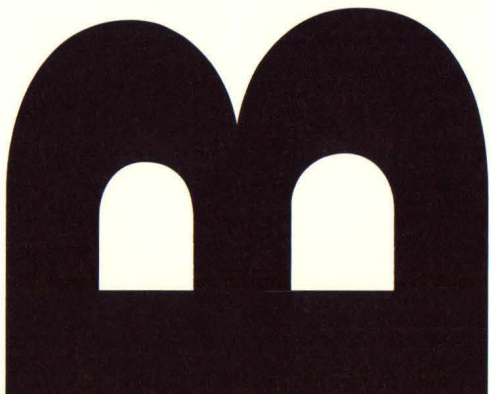
Mehr Transparenz für Fernunterricht
und Fernstudium



Verbesserung und Straffung der
Neuordnung von Ausbildungsberufen

EU-Berufsbildungsprogramm
LEONARDO

Meldungen
Veranstaltungshinweise
Personalien



Berufspläne der Schulabgänger in Ostdeutschland

Die Berufsausbildung im dualen System steht bei den Jugendlichen in Ostdeutschland hoch im Kurs: Von den Schulabgängern aus der 9. bzw. 10. Klasse der Haupt-, Real- und Gesamtschule wollen rund zwei Drittel nach ihrem Schulabgang eine Lehre beginnen.

Daß die vorhandenen Ausbildungsplatzprobleme nichts an der hohen Wertschätzung der Jugendlichen für eine duale Ausbildung verändert haben, zeigen Vergleichsdaten vom Oktober 1994: Zum damaligen Zeitpunkt waren die in etwa gleichen Schülerinnen und Schüler am Beginn ihres Schuljahres nach ihren Bildungswünschen befragt worden. Knapp 70 Prozent, also fast die gleiche Anzahl wie im Mai 1995, äußerten damals den Wunsch, eine Ausbildung im dualen System zu beginnen.

Bemerkenswert ist darüber hinaus, daß in Ostdeutschland mit 66 Prozent der Anteil derjenigen Schulabgänger aus der Sekundarstufe I, die Interesse an einer Ausbildung im dualen System zeigen, deutlich höher ist als in Westdeutschland: Wie vorjährige Befragungen zeigen, lag hier der Anteil der Interessenten an einer Lehrstelle konstant bei 55 Prozent.

Auch bei den ostdeutschen Abiturienten ist die Neigung, eine Lehre anzufangen, höher (27 Prozent) als unter den westdeutschen

(20 Prozent). Zurückzuführen ist diese Differenz vor allem auf die unterschiedliche Haltung der Mädchen: Während sich im Osten 37 Prozent der Abiturientinnen eine Lehrstelle wünschen, sind es im Westen nur 26 Prozent.

Die Mobilitätsbereitschaft der ostdeutschen Jugendlichen ist, wie schon Befragungen früherer Jahre zeigten, sehr hoch. Rund die Hälfte erklärte sich bereit, auch eine Lehrstelle im Westen anzunehmen, 90 Prozent davon wären sogar zu einem Wohnortwechsel bereit.

Diese Ergebnisse beruhen auf einer Befragung ostdeutscher Schulabgänger zu ihren Bildungswünschen, die im Mai 1995 vom Bundesinstitut für Berufsbildung im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie durchgeführt wurde.

Weitere Auskünfte zur Untersuchung erteilt Dr. Laszlo Alex, Bundesinstitut für Berufsbildung, Friesdorfer Str. 151-153, 53175 Bonn, Tel.: 0228/388-291 oder: Fehrbelliner Platz 3, 10707 Berlin, Tel.: 030/8643-2217.

Eine ausführliche Darstellung der Befragung wird im Berufsbildungsbericht des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie 1996 erfolgen. ◀

Berufspläne von Schulabgängern in Ostdeutschland

November 1994 und Mai 1995, in Prozent

Beabsichtigter Werdegang nach Ende des Schuljahres

Herkunftsschule	Allgemeinbildende Schulen		Studium		Lehre		BFS und BGJ/BVJ		sonstige Ausbildung		Sonstige*		noch ungewiß		Summe ^{xx}
	Nov. 94	Mai 95	Nov. 94	Mai 95	Nov. 94	Mai 95	Nov. 94	Mai 95	Nov. 94	Mai 95	Nov. 94	Mai 95	Nov. 94	Mai 95	
Klasse/Geschlecht															
Hauptschule 9. Klasse															
Insgesamt	17	12	-	-	70	62	4	11	3	8	1	1	5	6	100
männlich	14	9	-	-	76	71	3	8	1	4	1	1	5	6	100
weiblich	23	17	-	-	60	48	4	13	6	15	1	-	6	7	100
Realschule 10. Klasse															
Insgesamt	7	13	-	-	75	68	2	4	13	11	-	1	3	3	100
männlich	7	10	-	-	83	82	2	2	6	4	-	1	2	1	100
weiblich	7	16	-	-	68	55	3	6	19	18	-	-	3	5	100
Gesamtschule 10. Klasse															
Insgesamt	16	20	-	-	68	65	1	2	11	8	1	1	3	4	100
männlich	11	13	-	-	78	80	1	1	5	2	1	2	4	3	100
weiblich	21	27	-	-	59	50	1	3	16	15	1	1	2	5	100
Gymnasium 12./13. Klasse															
Insgesamt	-	-	23	27	29	27	-	1	17	13	24	28	6	4	100
männlich	-	-	13	12	18	10	-	-	6	3	57	71	5	2	100
weiblich	-	-	33	37	37	37	-	1	23	19	-	1	7	5	100
Berufsvollzeitschulen															
Insgesamt	2	5	-	2	66	57	2	4	19	21	5	4	6	7	100
männlich	3	6	-	1	77	68	2	6	9	8	4	4	5	7	100
weiblich	1	5	-	3	58	48	2	3	26	30	6	3	7	7	100

* überwiegend Wehr- und Zivildienst, ^{xx} durch Auf- und Abrunden Abweichung von 100

BVJ = Berufsvorbereitungsjahr, BGJ = Berufsgrundbildungsjahr, BFS = Berufsfachschulen

Wie zufrieden sind ostdeutsche Jugendliche mit ihrer Berufsausbildung?

Zufriedenheit mit der Ausbildung im Betrieb (in Prozent)

	Betrieb		Berufsschule	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
lieber heute als morgen aufhören	2,4	1,4	2,4	2,7
fällt recht schwer	2,4	3,8	3,7	4,0
es geht, ist notwendiges Übel	10,9	7,9	32,8	27,6
es ist ganz gut	59,6	54,6	49,3	54,2
es macht richtig Spaß	24,7	32,3	11,8	11,5
insgesamt	100	100	100	100
n=	542	368	542	373

Jugendliche im Berufsbildungsalter haben in Ostdeutschland tiefgreifende gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen miterlebt. Ein Teil der Jugendlichen befindet sich in einer beruflichen Ausbildung und steht vor wesentlichen Entscheidungen über den künftigen beruflichen Werdegang.

Das BIBB-Forschungsprojekt „Jugend und Berufsausbildung in Deutschland“ zielt auf eine Analyse der Lebens- und Bildungssituation sowie der Wertevorstellungen und normativen Strukturen der Jugendlichen in den ostdeutschen Ländern. Ein besonderes Augenmerk gilt den Entwicklungen und Veränderungen, die sich durch die Berufsausbildung ergeben, und der Frage, wie die Jugendlichen ihr Leben bewältigen. Untersucht werden Einstellungen, Haltungen und Wertungen bei der Berufswahl, der Berufseinmündung und über mehrere Jahre im Ausbildungsverlauf. Hierzu wurde ein repräsentatives Panel von rund 2.000 Schulabgängern aus den neuen Bundesländern über mehrere Jahre hinweg befragt.

Im Hinblick auf die Zufriedenheit mit der Berufsausbildung zeigen die BIBB-Ergebnisse aus der ersten Wiederholungsbefragung, daß die weitaus meisten Auszubildenden mit der *Ausbildung im Betrieb* zufrieden sind. 84 Prozent der Jungen und 87 Prozent der Mädchen (Unterschied nicht signifikant) sind mit ihrer Ausbildung im Betrieb zufrieden. „Richtig Spaß“ – das war die höchste Bewertungsmöglichkeit – machte es 41 Prozent der Auszubildenden in den Freien Berufen, 35 Prozent im öffentlichen Dienst, 26 Prozent im Handwerk und 14 Prozent in der Industrie. Mädchen (32 Prozent) tendieren etwas häufiger als Jungen (25 Prozent) zu dieser höchsten Bewertung.

Im Vergleich zur ersten Befragung 1993 ist die positive Bewertung zwar nicht verfallen, aber doch zurückgegangen (91 gegenüber 85 Prozent). Negative und – insbesondere – ambivalente Äußerungen haben zugenommen. Von den Auszubildenden, die in der ersten Erhebung noch „richtig Spaß“ an der betrieblichen Ausbildung hatten, teilen diese Auffassung in der zweiten Erhebung nur noch 36 Prozent. 54 Prozent wählen jetzt die etwas nüchterne Bewertung „es ist ganz gut“ und sechs Prozent sehen die Ausbildung mittlerweile als ein „notwendiges Übel“ an.

Die Zufriedenheit mit der *Ausbildung in der Berufsschule* fällt geringer aus als die mit dem Betrieb: 61 Prozent der Jungen und 66 Prozent der Mädchen (Unterschied nicht signifikant) sind zufrieden. Gegenüber der ersten Erhebung sind die Werte weitgehend unverändert.

Weitere Untersuchungsergebnisse betrafen die *Berufswahl*: 73 Prozent würden die gleiche Ausbildung wieder wählen. Pessimistisch gesehen werden die *Übernahmechancen in der Industrie*: 57 Prozent sehen kaum Chancen, nach der Ausbildung vom Betrieb in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen zu werden.

Die Ergebnisse sind dem Zwischenbericht „In der Mitte der Ausbildung – Auszubildende in den neuen Bundesländern“ von Dagmar Beer, Mona Granato und Klaus Schweikert entnommen, der auf schriftliche Bestellung im Bundesinstitut für Berufsbildung, Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Fehrbelliner Platz 3, 10707 Berlin bezogen werden kann.

Tarifliche Ausbildungsvergütungen 1994 in West und Ost

Bei 1.002 DM im Monat lag der durchschnittliche Verdienst der Auszubildenden 1994 in Westdeutschland. In Ostdeutschland betrugen die tariflichen Ausbildungsvergütungen 1994 im Durchschnitt 853 DM. Damit hat sich die Steigerungsrate gegenüber dem Vorjahr im Westen wie im Osten merklich reduziert: im Westen von durchschnittlich 5,3 Prozent (1993) auf 3,0 Prozent (1994) und im Osten von 26,1 Prozent (1993) auf 7,7 Prozent (1994). Der „Spitzenverdienst“ in West und Ost wurde 1994, wie bereits seit mehreren Jahren, bei der Ausbildung im Beruf Gerüstbauer/-in erzielt: Auszubildende über 18 Jahre erhielten in Westdeutschland durchschnittlich 1.803 DM pro Monat, in Ostdeutschland 1.533 DM. Hohe

Ausbildungsvergütungen werden seit langem auch im Bauhauptgewerbe gezahlt: 1994 bekamen die angehenden Maurer/-innen, Zimmerer/-innen, Stukkateure/-innen usw. im Westen durchschnittlich 1.487 DM und im Osten 1.264 DM. Die mit Abstand niedrigsten tariflichen Ausbildungsvergütungen wurden 1994, wie ebenfalls seit vielen Jahren im Herrenschneiderhandwerk (im Land Berlin durchschnittlich 270 DM pro Monat) und im Damenschneiderhandwerk (durchschnittlich 312 DM in Westdeutschland) ermittelt. Vergleichsweise niedrig waren auch die Vergütungen für die angehenden Friseur/-innen mit 629 DM im Westen und 450 DM im Osten.

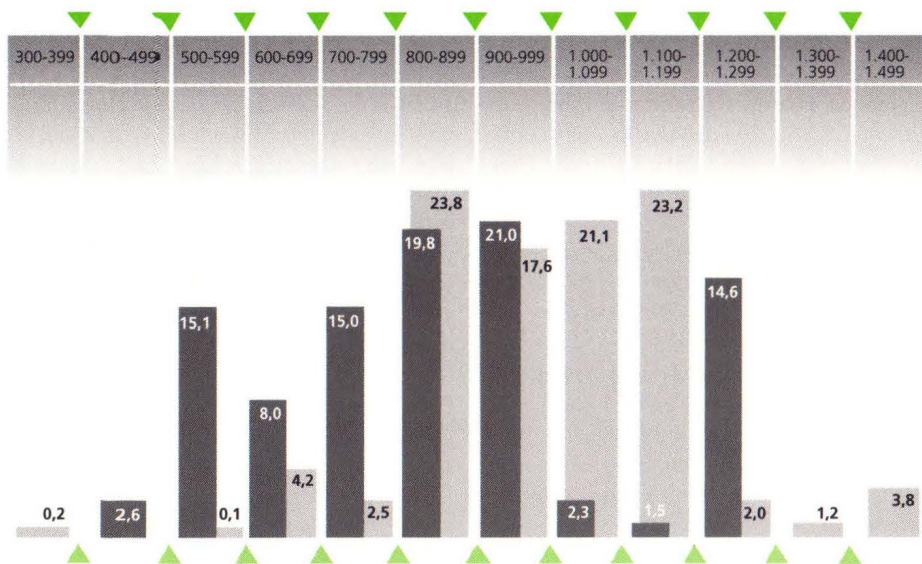


Abbildung 1: Verteilung der Auszubildenden nach Höhe der Ausbildungsvergütungen 1994 in Westdeutschland und Ostdeutschland

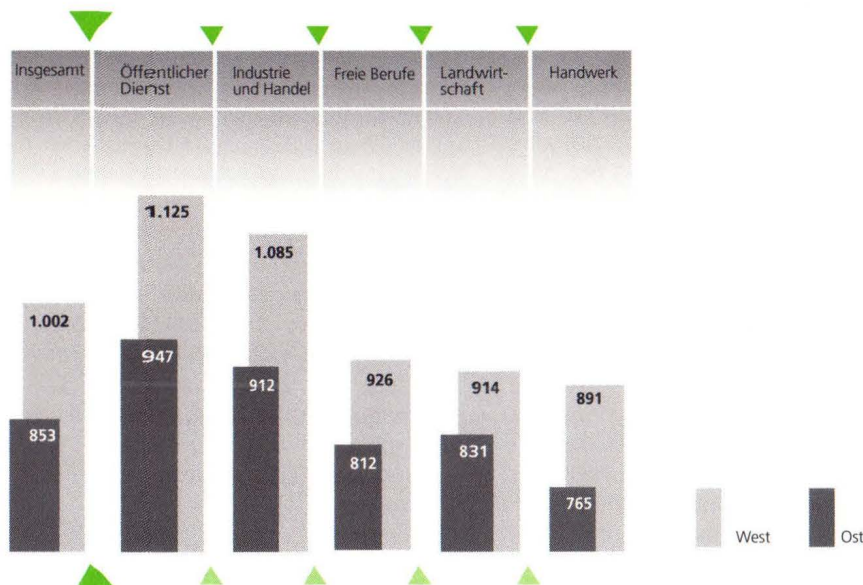
Anteil der Auszubildenden in Prozent
Ausbildungsvergütung in DM



Wie die Gesamtverteilung der Ausbildungsvergütungen zeigt (vgl. Abb. 1), lagen 1994 die monatlichen Beträge für 86 Prozent der Auszubildenden im Westen zwischen 800 DM und 1.199 DM. Für jeweils sieben Prozent betrugen sie unter 800 DM bzw. über 1.199 DM. In Ostdeutschland verdiente 56 Prozent der Auszubildenden zwischen 700 DM und 999 DM; 26 Prozent erhielten unter 700 DM und 18 Prozent über 999 DM. Der größte Teil der Auszubildenden mit relativ hohen Vergütungen entfiel im Osten auf die

dort sehr stark besetzten Berufe des Bauhauptgewerbes. Zwischen den Ausbildungsbereichen bestehen zum Teil erhebliche Unterschiede im Tarifniveau, wobei sich in Ostdeutschland nahezu die gleiche Rangfolge wie in Westdeutschland herausgebildet hat (vgl. Abb. 2): Die im Durchschnitt höchsten Ausbildungsvergütungen wurden jeweils im öffentlichen Dienst erreicht, gefolgt vom Ausbildungsbe- reich Industrie und Handel. Die niedrigsten durchschnittlichen Vergütungen in West und

Ost waren im Handwerk zu verzeichnen. Aufgrund der Bevorzugung unterschiedlicher Ausbildungsberufe durch junge Männer und Frauen ergeben sich auch geschlechtsspezifische Unterschiede in der Höhe der durchschnittlichen Ausbildungsvergütung: In Westdeutschland kamen die männlichen Auszubildenden 1994 auf 1.020 DM pro Monat, die weiblichen Auszubildenden auf 974 DM. In Ostdeutschland betrug die durchschnittliche Vergütung bei den jungen Männern 886 DM, bei den jungen Frauen nur 791 DM. Der geschlechtsspezifische Unterschied im Vergütungs- niveau ist insbesondere darauf zurückzuführen, daß in den hoch vergüteten Ausbildungsberufen des Bauhauptgewerbes nahezu ausschließlich Jungen ausgebildet werden, in den niedrig vergüteten Berufen des Schneider- und Friseurhandwerks dagegen fast nur Mädchen.



Weitere Informationen zu den aktuellen Ausbildungsvergütungen sind zu erhalten im Bundesinstitut für Berufsbildung, Ursula Beicht, Friesdorfer Str. 151/153, 53175 Bonn, Tel. 0228-388 245. ◀

Abbildung 2: Ausbildungsvergütungen nach Ausbildungsbereichen 1994 in Westdeutschland und Ostdeutschland

Durchschnittliche Beiträge pro Monat

Mehr Transparenz für Fernunterricht und Fernstudium

Die große Resonanz des seit über zehn Jahren erscheinenden Katalogs der Fernlehrrangebote in der Bundesrepublik Deutschland zeigt die zunehmende Bedeutung von Fernunterricht und Fernstudium für Bildungsinteressierte sowie den Informationsbedarf. Für viele bieten Fernunterricht und Fernstudium die einzige Möglichkeit der Weiterbildung. Lernzeitflexibilität und Ordnungsunabhängigkeit dieser Lernform ermöglichen es Teilnehmerinnen und Teilnehmern, ihre unterschiedliche persönliche Lebenssituation mit Weiterbildungsaktivitäten zu vereinbaren. Angesichts der vielfältigen Angebote von Fernlehrgängen und Fernstudienkursen ist Transparenz für die Bildungsinteressierten um so wichtiger. Der Katalog gibt einen Überblick über die zur Zeit in Deutschland verfügbaren Fernlehrgänge und Fernstudienkurse privater Fernlehreinrichtungen, der Fernuniversität Hagen und dem Deutschen Institut für Fernstudien (DIFF) sowie einzelnen Hoch- und Fachhochschulen mit entsprechenden Angeboten. Jedes Bildungsangebot ist nach einem einheitlichen Merkmalsraster erfaßt und dargestellt. Die Kurzbeschreibungen enthalten An-

gaben zu Zielen, Inhalten, Teilnahmevoraussetzungen, Zulassungsvoraussetzungen für Prüfungen, Kosten, Medien, ggf. Umfang des begleitenden Unterrichts und Förderungsmöglichkeiten.

Im ersten Teil des Katalogs sind allgemein- und berufsbildende sowie sonstige Fernlehrgänge erfaßt, im zweiten Teil die Fernstudienangebote des Hochschulbereichs und des DIFF. Beide Teile sind nach Sachgebieten gegliedert, die Aufteilung ermöglicht eine inhaltliche Orientierung. Mit Hilfe des Schlagwortverzeichnisses kann gezielt nach bestimmten Fernunterrichts- und Fernlehrrangeboten gesucht werden.

„Fernunterricht – Fernstudium. Katalog der Fernlehrrangebote in der Bundesrepublik Deutschland“, Informationen zum beruflichen Fernunterricht, Heft 17, Bielefeld 1995 wurde vom Bundesinstitut für Berufsbildung und der Staatlichen Zentralstelle für Fernunterricht herausgegeben. Diese Veröffentlichung, kann bezogen werden bei: W. Bertelsmann Verlag GmbH & Co. KG, Postfach 10 06 33, 33506 Bielefeld, Tel. 0521-9110126. ◀

Verbesserung und Straffung der Neuordnung von Ausbildungsberufen

Die Bundesregierung, die Wirtschaft und die Gewerkschaften haben sich darauf verständigt, das Verfahren zum Erlass von Ausbildungsordnungen – unter Wahrung des Konsensprinzips – zu beschleunigen.

Zur Umsetzung dieser Zielsetzung treffen sie folgende konkrete Absprachen:

1. In einem regelmäßigen Erfahrungsaustausch zwischen Praktikern in den jeweiligen Berufsgruppen wird die Entwicklung in den betreffenden Berufen gemeinsam beobachtet, es werden Veränderungen festgestellt und bewertet. In welcher Weise dieser Erfahrungsaustausch organisiert wird, bleibt Absprachen der jeweiligen Sozialpartner vorbehalten. In diesen Erfahrungsaustausch soll auch das Bundesinstitut für Berufsbildung eingebunden werden, wenn die Sozialpartner dies wünschen. Weiterhin sollte auch der Lernort Berufsschule in angemessener Weise einbezogen werden.
2. Der unbedingt notwendige Überarbeitungsumfang bei der Neuordnung von Berufen wird zukünftig von den Sozialpartnern frühzeitig im Vorfeld des Antragsgesprächs vereinbart. Dabei ist insbesondere zu klären, ob

a) eine Weiterentwicklung der Ausbildungsinhalte (Ausbildungsrahmenplan, Ausbildungsberufsbild) sowie ggf. der Prüfungsanforderungen unter Beibehaltung der vorhandenen Struktur ausreicht; dies wird insbesondere dann der Fall sein, wenn die entsprechenden Berufe vor nicht allzu langer Zeit neu geordnet wurden und nur einzelne inhaltliche Veränderungen zu berücksichtigen sind; oder ob

b) eine grundlegende konzeptionelle Überarbeitung des Ordnungsmittels bzw. die Schaffung von neuen Berufen nötig ist; dies wird bei sog. Altberufen (vor 1969) generell und bei den in den siebziger Jahren neu geordneten Berufen häufig der Fall sein.

3. Die Bundesminister werden Anträge/Eckwertevorschläge der Sozialpartner innerhalb von höchstens drei Monaten entscheiden. Das Erarbeitungs- und Abstimmungsverfahren soll im Falle von Nr. 2 a innerhalb eines Jahres und im Falle von Nr. 2 b innerhalb von zwei Jahren abgeschlossen sein, nachdem ein für alle Beteiligten akzeptabler Antrag/Eckwertevorschlag vorgelegt worden ist.

4. Das jeweilige Erarbeitungs- und Abstimmungsverfahren wird entsprechend dem zuvor festgelegten Umfang des Überarbeitungsbedarfs auf die im konkreten Fall unverzichtbaren Verfahrensschritte beschränkt. Dabei gilt generell der Grundsatz der parallelen Erarbeitung und Abstimmung von betrieblichen und schulischen Ausbildungsinhalten.

5. Im Interesse einer langlebigen Gestaltung der Ausbildungsordnungen werden die Bemühungen um eine funktionsorientierte, möglichst produktneutrale und für technische Entwicklungen offene Formulierung des Berufsbildes und der Prüfungsanforderungen unter Wahrung der erforderlichen Berufsnähe und Rechtsverbindlichkeit verstärkt.

6. Alle Beteiligten verstehen das Konsensprinzip als Kompromißprinzip. Das bedeutet, daß die Sozialpartner die letzte Verantwortung der Bundesregierung für den Erlaß von Ausbildungsordnungen akzeptieren. Wortlaut einer Absprache der Bundesregierung, der Wirtschaft und der Gewerkschaften vom 4. Juli 1995 zur Verbesserung und Straffung der Neuordnung von Ausbildungsberufen. ◀

LEONARDO da Vinci – die erste Antragsrunde

Das LEONARDO-Programm ist in Deutschland gut aufgenommen worden. Bei der nationalen und den vier regionalen Eröffnungsveranstaltungen sowie einer Reihe weiterer Informationstagungen konnten ca. 2.500 Interessierte direkt informiert werden. Etwa die gleiche Anzahl von Anfragen wurde schriftlich beantwortet. Diese Aktivitäten fanden ein angemessenes Echo: Zum Antragsschluß der „ersten Runde“ am 31. Juli 1995 lagen für das nationale Verfahren (Entwicklung der Systeme Berufsbildung) knapp 250 Anträge auf Förderung von Pilotprojekten vor. Im europäischen Verfahren (Maßnahmen für Unternehmen und Arbeitnehmer) wurden 225 Anträge (Pilotprojekte) aus Deutschland eingereicht. Es ist davon auszugehen, daß in beiden Verfahren die Zahl der deutschen Beteiligten an Anträgen aus anderen Ländern um ein Dreifaches höher liegt. Somit käme man auf eine Zahl von ca. 1.900 am Programm interessierten Trägern für Pilotprojekte. Im Bereich Austausch sind im nationalen Verfahren 500 Anträge eingegangen; für das europäische Verfahren (Austausche zwischen Hochschulen und Wirtschaft) liegen die Zahlen noch nicht vor. Im Bereich Erhebungen und Analysen liegt die Zahl der deutschen Anträge bei 30.

Die Unternehmen sind geringer vertreten, als es ihrer Bedeutung für die Berufsbildung entsprechen würde; hier macht sich wohl auch bemerkbar, daß ihre Beteiligung nicht – wie im FORCE-Programm – zur Auflage gemacht wurde. Andererseits sind die Gewerkschaften (DGB, IG Metall, IG Chemie, DAG, GEW) zahlreicher als in den Altprogrammen zu finden.

Beachtlich hoch war die Zahl der Anträge (40) im Bereich „Systementwicklung in der Weiterbildung“.

Thematisch nehmen Projekte zu Multimedia, CBT, Telematik, elektronische Netzwerke eine herausragende Stellung ein. Außerdem: Umwelt, Qualitätssicherung, Pflegeberufe, Ausbildung für Benachteiligte, Qualifizierung von Führungskräften in kleine und mittlere Unternehmen.

Wieviele dieser z. T. sehr interessanten Projekte letztlich gefördert werden, ist noch ungewiß. Erst Ende Oktober wird, nach dem Votum des LEONARDO-Komitees und der Entscheidung der Kommission, feststehen, wer nun tatsächlich einen Vertrag für die Umsetzung seiner Ideen erhält. ◀

Meldungen

25 Jahre Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung

Anläßlich des 25jährigen Bestehens des Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung haben die Spitzenverbände der Wirtschaft auf die Bedeutung der beruflichen Bildung als wesentlichen Wettbewerbsfaktor für den Standort Deutschland hingewiesen. Auf der Festveranstaltung am 26. Juni in Bonn, an der über 200 Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften teilnahmen, hat die Wirtschaft ihre Bereitschaft unterstri-

chen, auch in Zukunft die Verantwortung für die berufliche Bildung zu tragen und sich für ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot einzusetzen.

Zugleich wendet sich die Wirtschaft gegen ein neues Finanzierungssystem. Die Forderungen der Gewerkschaften nach einer Ausbildungsumlage wirkten kontraproduktiv und verunsicherten die Unternehmen. Als Ursache der gegenwärtigen Ausbildungsplatzsituation werden strukturelle und nicht grundsätzliche Konstruktionsmängel des Ausbildungssystems verantwortlich gemacht. Die berufliche Bildung entwickle sich nicht zuletzt wegen der hohen Personalkosten zunehmend zu einem „härteren“ Standortfak-

tor. Für dieses Jahr sieht die Wirtschaft deutliche Anzeichen für eine Trendwende beim Ausbildungsplatzangebot.

Außerdem müßten die Verfahren zur Aktualisierung der Ausbildungsberufe beschleunigt und die Entwicklung neuer Berufe in Zukunftsbereichen verstärkt werden. Dabei gelte es, mehr und differenziertere Ausbildungsberufe zu schaffen. Die Betriebe müßten wieder mehr Zeit zur Ausbildung erhalten, außerdem seien erhebliche Anstrengungen erforderlich, um die Ausbildungsreife der Schulabgänger zu verbessern.

Die Spitzenverbände appellierten an Unternehmen, Kammern und Verbände sowie an Gewerkschaften und Regierung, dazu beizu-

tragen, „das Aus- und Weiterbildungssystem an die Veränderungen anzupassen, von zu viel Reglementierung frei und für das 21. Jahrhundert fit zu machen“.

Kurzfassung des Kurz-Nachrichten-Dienstes der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Nr. 50, Köln vom 27. Juni 1995. ◀

Bundesverband Deutscher Berufsausbilder im BIBB

Zu einem Gedankenaustausch über aktuelle Fragen der beruflichen Bildung trafen sich am 30. Juni der Präsident des Bundesverbandes Deutscher Berufsausbilder (BDDBA), Luckmann, und der Vizepräsident, Manfred Thieme, mit dem Generalsekretär und Mitarbeiterinnen.

Im Mittelpunkt des Gespräches standen Fragen der Ausbilderqualifizierung, Fremdsprachen in der Berufsausbildung sowie die Ausbildungsplatzsituation insbesondere in Ostdeutschland.

Im Hinblick auf die Ausbilderqualifizierung interessierten vor allem zukünftige Entwicklungen im Bereich der berufs- und arbeitspädagogischen Ausbildung der Ausbilder und Ausbilderinnen. In diesem Zusammenhang wurden Zielsetzung und Arbeitskonzept im BIBB-Projekt „Handlungsorientierung in der Ausbilderqualifizierung“ vorgestellt, in dem Leitlinien für die künftige Lehrgangs- und Prüfungskonzeption in Zusammenarbeit mit der Bildungspraxis entwickelt werden. Der BDDBA wird einen Sachverständigen benennen, der die Konzeptentwicklung beratend begleitet.

Mit Blick auf den wachsenden Fremdsprachenbedarf ausgebildeter Fachkräfte in der Wirtschaft wurden Stellenwert, Funktion und Verbindlichkeit der Vermittlung einer Fremdsprache in der Berufsausbildung diskutiert und vereinbart, über Verbesserungen weiterhin im Gespräch zu bleiben.

Die Ausbildungsplatzsituation in Ostdeutschland wurde allgemein als unbefriedigend eingeschätzt, so daß auch künftig bildungspolitischer Handlungsbedarf notwendig sein dürfte, der der Zielsetzung „Ausbildung geht vor Beschäftigung“ folgt. ▶

Veranstaltungshinweise

Fachtagung zu 15 Jahre Benachteiligtenförderung in Erfurt

15 Jahre Benachteiligtenförderung sind Anlaß für eine zweitägige Fachkonferenz am 15./16. November 1995 in Erfurt, die das „heidelberger institut beruf und arbeit“ (hiba) im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg, veranstaltet. Im Mittelpunkt der Konferenz stehen Erfahrungen und aktuelle Entwicklungstendenzen in der beruflichen Bildung und der Benachteiligtenförderung. Dazu werden auch mehrere Fachforen angeboten u. a. zu

- Ressourcen, Prozeß, Ergebnis: Was bestimmt die Qualität der Benachteiligtenförderung?
- Grenzen überwinden – Lernen in multikulturellen Gruppen
- Eine Brücke, die trägt: Kooperation der unterschiedlichen Lernorte der Benachteiligtenförderung
- Der Nürnberger Trichter ist kein Modell: Lebendige Formen des Lernens in der Benachteiligtenförderung.

Ausführlichere Informationen zur Fachkonferenz sind zu erhalten bei: hiba-Berlin, Ackerstraße 6/7, 10115 Berlin, Tel. (030) 2822133, Fax. (030) 2829425. ▶

ONLINE EDUCA im November in Berlin

Eine internationale Konferenz über Fragen des Fernunterrichts findet am 24./25. November 1995 in Berlin statt. Die Online Educa Berlin will Fernunterrichts-Experten aus allen Teilen der Welt mit Experten, Organisationen und Projekten aus Mittel- und Osteuropa, insbesondere aus Rußland und der GUS zusammenbringen. Generelles Ziel der Online Educa ist es, Möglichkeiten zu diskutieren, wie Telekommunikation und andere Informationstechnologien genutzt werden können, um die Bildungsmöglichkeiten auf einer weltweiten Grundlage voranzutreiben. Unter anderem soll die Konferenz einen aktuellen Überblick der internationalen Entwicklung von telematisch gestütztem Fernunterricht geben, die Diskussion erziehungswissenschaftliche Fragen zukünftiger Informationsgesellschaften und die Präsentation neuer telematischer Lernsysteme ermöglichen. Unter den rd. 20 Tagungsthemen befassen sich auch zahlreiche Referate mit Fragen von Fernunterricht und Berufsbildung im engeren Sinne wie z.B. der Frage der Kon-

trolle und Anerkennung des Fernunterrichts, der Kompatibilität verschiedener Systeme, der Präsentation von Lehrmitteln oder der Rolle des Fernunterrichts in der Berufsausbildung und Umschulung.

Die Konferenz steht unter der Schirmherrschaft des Generalsekretärs des Europarates, Daniel Tarschys, und des Kommissars für Industrie, Informationstechnologien und Telekommunikation, Martin Bangemann. Sie wird von der International Consultants for Education and Fairs GmbH organisiert: ICEF, Am Hofgarten 18, D-53133 Bonn, Telefon 0228-223086, Fax 0228-211944.. ▶

5. Berufspädagogisch-historischer Kongreß in Bochum

„Berufsausbildung und sozialer Wandel - 150 Jahre preußische Allgemeine Gewerbeordnung von 1845“ lautet das Motto des 5. Berufspädagogisch-historischen Kongresses, der vom 4. bis 6. Oktober 1995 an der Ruhr-Universität Bochum stattfindet. An den ersten beiden Tagen befassen sich Arbeitsgruppen mit dem sozialen Wandel im Spiegel dreier großer Zeitungen des 19. Jahrhunderts, dem sozialen Wandel im Spiegel von Literatur, darstellender Kunst und Werbung des 19. Jahrhunderts, den Großen Technologien und ihrer berufspädagogischen Bedeutung, der Rolle der Arbeitervereine im sozialen Wandel des 19. Jahrhunderts, der Entwicklung der Frauenarbeit als Indikator für sozialen Wandel, der Berufsbildung als Faktor sozialen Wandels in ausgewählten europäischen Ländern sowie den Industrieausstellungen als Spiegel des sozialen und ökonomisch-technischen Wandels. Am dritten Kongreßtag ist eine technik- und industrie-geschichtliche Exkursion im Ruhrgebiet vorgesehen.

Weiterführende Informationen: 5. Berufspädagogisch-historischer Kongreß, c/o Prof. Dr. Stratmann, Institut für Pädagogik, Ruhr-Universität Bochum, Universitätsstraße 150, 44780 Bochum, Tel. 0234-700 4564, Fax 0234-709 4241. ▶

WORLDIDAC 1996 zur Multimedia World in Basel

Mit dem Schwerpunkt „Multimedia World of Training for Professional Qualification“ bietet die Worldidac vom 8. bis 11. Mai 1996 in Basel ein internationales Forum für innovative Zukunftskonzepte beruflicher Qualifizie-

BIBB aktuell

rung. Berufliche Aus- und Weiterbildung werden zunehmend durch neue Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten geprägt. Insbesondere Weiterbildung wird mehr und mehr zum integralen Bestandteil des Arbeitsprozesses. Die Arbeitswelt der Zukunft fordert von jedem einzelnen, selbständig und flexibel neue Wissensgebiete zu erschließen, Fachwissen zu aktualisieren und Informationen gezielt zu beschaffen und umzusetzen. Die Worlddidac sichert für dieses Marktpotential einen professionellen Informationsaustausch zwischen Anbietern und Anwendern, Ausstellern und Fachbesuchern. Auf der Messe präsentieren Unternehmen mit ihren Produkten einen wachsenden Zukunftsmarkt für Computer Based Training, Telelearning, Training-on-demand, Kommunikationsnetzwerken und interaktiven Trainingskonzepten.

Weitere Informationen: WORLDDIDAC 1996 BASEL, Kommunikation, Bernd Schuster, Postfach, CH-4021 Basel, Tel. +41-61-686 2273, Fax +41-61-686 2191. ◀

Personalien

In Würdigung seiner wissenschaftlichen Leistungen auf dem Gebiet der beruflichen Bildung in Deutschland sowie in Anerkennung seines internationalen Engagements und seiner Verdienste um die Förderung der Berufsbildungsforschung wurde dem Generalsekretär des Bundesinstituts für Berufsbildung, **Dr. Hermann Schmidt**, am 13. Juli 1995 die Ehrendoktorwürde (Dr. phil. h. c.) der Gerhard-Mercator-Universität Gesamthochschule Duisburg verliehen. ◀

Impressum

BIBB aktuell
Beilage zur Zeitschrift Berufsbildung
in Wissenschaft und Praxis - BWP

Herausgeber
Bundesinstitut für Berufsbildung
Der Generalsekretär, Dr. Hermann Schmidt
Fehrbelliner Platz 3, 10707 Berlin und
Friesdorfer Straße 151-153, 53175 Bonn

Redaktion
Henning Bau, Karin Elberskirch, Claudia Gelbicke
Bundesinstitut für Berufsbildung
Fehrbelliner Platz 3, 10707 Berlin
Telefon 030-8643 2240/2219/2613
Telefax 030-8643 2615

Gestaltung
Hoch Drei, Berlin

Verlag
W. Bertelsmann Verlag GmbH & Co. KG
Postfach 10 06 33, 33506 Bielefeld
Telefon 0521-911 01 26
Telefax 0521-911 01 79

ISSN 0341-4515